

# Pulsnitzer Wochenblatt

Sernsprecher: Nr. 18.

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.

Mit „Illust. Sonntagsblatt“, „Landwirtschaftlicher Beilage“ und „Für Haus und Herd“.

Abonnement: Monatlich 45 Pf., vierteljährlich Mk. 1.25 bei freier Zustellung ins Haus, durch die Post bezogen Mk. 1.41.

## Amts-Blatt

des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz

Inserate für denselben Tag sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die fünf mal gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pf., Lokalpreis 10 Pf. Reklame 25 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Seitraubender und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Erfüllungsort ist Pulsnitz.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz, umfassend die Ortschaften: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Vollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- u. Niederlichtenau, Friedersdorf-Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf. Druck und Verlag von **E. L. Förster's Erben** (Inh.: **J. W. Mohr**). Expedition: **Pulsnitz**, Bismarckplatz Nr. 265. Verantwortlicher Redakteur: **J. W. Mohr** in **Pulsnitz**.

Nr. 133.

Donnerstag, den 5. November 1908.

60. Jahrgang.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Drechslers **Max Robert Schöne** in **Großröhrsdorf** wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke

der **Schlusstermin auf den 2. Dezember 1908, vormittags 1/12 Uhr,**

vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte bestimmt.

Die Gebühr des Verwalters wird auf 230 M., seine Auslagen werden auf 77,57 M. festgesetzt.

**Pulsnitz**, den 2. November 1908.

**Königliches Amtsgericht.**

Auf Blatt 44 des Handelsregisters ist heute das Erlöschen der Firma **Ferdinand Schöne** in **Großröhrsdorf** eingetragen worden.

**Pulsnitz**, am 4. November 1908.

**Königliches Amtsgericht.**

## Ortskrankenkasse zu Pulsnitz.

Sonnabend, den 7. November 1908, abends 1/2 9 Uhr, findet im Gasthof zum Herrnhaus die

### ordentliche Generalversammlung

statt, wozu sich die am 2. Februar 1908 gewählten Herren Vertreter der Arbeitgeber zunächst im Billardzimmer und die Herren Vertreter der Rassenmitglieder im Saale zur Erledigung von Punkt 1 und 2 der Tagesordnung und sodann alle gemeinschaftlich im Saale zur Erledigung von Punkt 3—6 einfinden wollen.

**Pulsnitz**, am 28. Oktober 1908.

**Der Vorstand der Ortskrankenkasse.**

**Reinhold Gude**, Vorsitzender.

## Dienstag, den 10. November 1908: Viehmarkt in Pulsnitz.

Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.

### Arbeitsnachweis. Gesucht werden:

1 Knecht für Landwirtschaft per sofort (Lohn nach Uebereinkunft) von A. Wilke, Rittergut Döbra bei Kamenz.  
1 verheirateter Diener bei hohem Lohn für 1. Januar 1909, desgleichen eine Arbeiterfamilie von Rittergut Röhrschorf bei Königsbrück.

### Das Wichtigste.

Die neuen Steuervorlagen der Reichsregierung sind veröffentlicht worden.  
Aus Greiz, Zwickau, Erfurt und Apolda werden ebenfalls Erdstöße gemeldet.  
Zar Nikolaus soll Serbien seine Unterstützung zugesichert haben.  
Der Kongostaat wird endgültig am 15. November an Belgien übergehen.  
In Petersburg haben zwei Offiziere auf offener Straße drei Personen erschossen.  
Der republikanische Kandidat, Kriegssekretär William H. Taft, wurde am Dienstag, wie aus New-York telegraphiert wird, mit großer Stimmenmehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.  
Nach zuverlässiger Mitteilung wird der sächsische Landtag mindestens bis Anfang nächsten Jahres zusammenbleiben.  
Wie verlautet, zieht Oesterreich-Ungarn an der bosnischen Grenze große Truppenmassen zusammen.  
In Serbien und Montenegro dauert die Erregung an.  
Neue heftige Erdbeben fanden gestern und heute im Bogtland statt.  
Der bekannte Berliner Bildhauer Professor Harro Magnussen hat seinem Leben durch Selbstmord ein Ende bereitet.

### Ein derber Schwupper war es,

den der deutsche Reichskanzler beging, als er den ihm durch seinen Vetter, den Gesandten v. Müller-Jenisch, vom Kaiser überwiesenen Entwurf eines Artikels für den Londoner „Daily Telegraph“ uneröffnet dem Auswärtigen Amte zur Prüfung übersandte. Die Sache wäre glimpflicher verlaufen, wenn nicht auch in diesem Amte zu Berlin mit dem Staatssekretär auch die verschiedenen Ressortchefs auf Urlaub gewesen wären. Ein junger Legationsrat prüfte daher das ebenso umfangreiche, wie schwer lesbare Manuskript und glaubte in Anbetracht des Umstandes, daß es kaiserliche Neußerungen enthielt, Bedenken überhaupt nicht geltend machen zu dürfen. So ging denn der Entwurf mit dem Vermerk, gegen die Druck-

legung seien Einwände nicht zu erheben, an den Reichskanzler zurück, der sich damit begnügte, seinen Namen unter die genehmigende Bemerkung zu setzen. — Eine planvollere Urlaubsverteilung hätte das Unglück verhütet. Ein Bismarck vermochte die Regierungsmaschine auch von Barzin oder Friedrichsruh aus zu leiten. Das kann aber nicht jeder, sondern unter Millionen nur einer. Auch das unleserliche Manuskript trägt einen Teil der Schuld. Wäre das Original von technischen Beamten des Auswärtigen Amtes — und einige Räte könnten durch solche technische Beamte wohl ersetzt werden — mit Feder oder Maschine sauber umgeschrieben worden, so wäre es vom Fürsten Bülow in Nordney sicherlich nicht ungelesen geblieben. Es ist eben ein ganzer Hattenkönig unlesbarer Begleitumstände zusammengetroffen. Das deutsche Volk aber darf sich mit der Gewißheit beruhigen, daß ähnliches nicht wieder vorkommen wird.

Die hohe Politik ist eine hochernste Sache. Aber man soll doch auch bei ihr die menschliche Seite nicht ganz ausschalten wollen. Es handelte sich doch immer nur um einen Schwupper, und um nichts, was im entferntesten an die Ehre ginge oder nach Korruption schmeckte. Unser Kaiser hat die ganze Angelegenheit von dem rein menschlichen Standpunkt aus beurteilt und verziehen und vergessen. Daher braucht die deutsche Presse das Graue nicht schwarz zu malen. Im Ausland ist vielfach Vergeres geschehen, und daher kommt es wohl auch, daß die Auslandspresse den ganzen bedauerlichen Zwischenfall in der Hauptsache milder auffaßt als die deutsche.

Der Rücktritt des Reichskanzlers Fürsten von Bülow unmittelbar vor der Eröffnung der Reichstagsverhandlungen würde auch die denkbar größten Schwierigkeiten für die Fortsetzung der inneren und auswärtigen Politik des Reiches mit sich führen. Auch das Ausland würde einen Wechsel auf dem deutschen Reichskanzlerposten bedauern, durch den die Erledigung der Balkan- und der Marokko-Krise zum mindesten verzögert werden müßte.

Die plötzliche Erkrankung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes v. Schoen ist auch schwerlich als der Vorläufer des Rücktritts dieses Ministers anzusehen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ treten für den Fürsten Bülow ein und sagen, die dem Kanzler für solche Dinge beigegebene Behörde hätte sofort wissen müssen, daß der Artikel untauglich für die Veröffentlichung war. Einige Londoner Blätter halten die Stellung des deut-

schen Reichskanzlers für erschüttert und erwarten den Rücktritt des Fürsten Bülow für die nächste Zukunft. Ein besonders liebenswürdiges Blatt meint: Das geht noch über Köpenick.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags ist von freisinniger Seite folgende Interpellation eingebracht worden: „Im Hinblick auf die vom Auswärtigen Amte unter verfassungsmäßiger Verantwortung des Reichskanzlers gebilligte Veröffentlichung der vom Deutschen Kaiser einem englischen Staatsmann gemachten Mitteilungen richten die Unterzeichneten an die königliche Staatsregierung die Anfrage, welche konstitutionellen Bürgschaften sie den verbündeten Regierungen in Vorschlag bringen und was sie sonst in verfassungsmäßiger Weise zu tun gedenken, um an Stelle einer Politik der Unbeständigkeit und Plötzlichkeit eine auf konstitutionellen Pfaden sich bewegende, den Interessen des deutschen Volkes entsprechende auswärtige Politik durch die verbündeten Regierungen zu gewährleisten.“ Günther, Bär, Koch.

Der Reichskanzler Fürst Bülow will zunächst mit den Führern der Reichstagsfraktionen Besprechungen in der bekannten Angelegenheit abhalten, bevor er seine Erklärung im Reichstage abgibt. Daß die Fraktionen eine gemeinsame Interpellation einbringen werden, steht fest. Von konservativer Seite ist eine bezügliche Interpellation bereits mit dem Bemerkten angekündigt worden, daß im Reichstage eine freimüthige Aussprache über die Angelegenheit stattfinden müsse. Gleichzeitig wird jedoch betont, daß um unsrer nationalen Würde willen und um dem Auslande nicht noch mehr Ursache zur Schadenfreude zu geben, bei der Erörterung die strengste Sachlichkeit und die äußerste Kaltblütigkeit gewahrt werden muß. Auch die Freisinnigen beabsichtigen eine Interpellation einzubringen. Während aus den Artikeln der Organe des Blocks fast überall der Wunsch herausklingt, daß Fürst Bülow dem Reichskanzlerposten erhalten bleibe, da es ein anderer nicht besser, sondern eher schlechter machen würde, fahren die Blätter der demokratischen Vereinigung, der Sozialdemokratie und des Zentrums fort, den Rücktritt des Fürsten Bülow zu fordern. Interessant ist namentlich, was das Zentrum sagt: Bülows Autorität ist so erschüttert, daß er die Geschäfte nicht mehr erprießlich führen kann. Sein Rücktritt würde auf dem Gebiete der inneren Politik einen großen Kladderadatsch zur Folge haben. Wir stehen vor der Reichsfinanzreform. Fällt Fürst Bülow, so braucht diese noch nicht zu fallen. Aber